

## **7 Wahlprüfsteine Landesverband der Kunstschulen Baden-Württemberg e.V.**

### **Fortentwicklung der Kunstschullandschaft**

#### **1.1 Plant Ihre Partei die Landesförderung für Kunstschulen in der nächsten Legislaturperiode zu erhöhen? Würden Sie sich für eine klare Benennung des aktuellen Fördersatzes im Jugendbildungsgesetz einsetzen?**

Antwort DIE LINKE:

Wir planen eine Erhöhung sämtlicher schulischer Fördermittel, darunter selbstverständlich auch die der Kunstschulen, aber eben auch anderer und weiterreichender Bildungsinstitutionen wie den Volkshochschulen. Gleichzeitig planen wir auch eine deutliche Erhöhung der Fördermittel im Kunst- und Kulturbereich, denn diese wurden in den Auswirkungen der Pandemie mehr als sträflich vernachlässigt. Auch zusätzliche Finanzmittel für Modellprogramme für Kunstschulinitiativen in Gründung sind denkbar, allerdings möchten wir hier vor allem die in Baden-Württemberg gegebene Diversität und Vielfältigkeit abbilden und fördern. Konkret bedeutet dies, dass wir zusätzliche Mittel nicht pauschal verteilen möchten, sondern möchten wir queere und migrantische Kunst und Kultur besonders fördern. Wir würden uns gleichzeitig auch für die Benennung des aktuellen Fördersatzes im Jugendbildungsgesetz einsetzen, dies schafft Verlässlichkeit und Transparenz.

#### **1.2 Befürwortet Ihre Partei zusätzliche Finanzmittel für ein Modellprogramm, das Anschubfinanzierungen für Kunstschulinitiativen in Gründung ermöglicht**

Antwort DIE LINKE:

Darüber hinaus befürworten wir aber auch die Impulsförderung der Kunstschulinitiativen, um neue Kunstschulinitiativen zu ermöglichen und eine flächendeckende Versorgung zu gewähren. Eine Voraussetzung hierfür ist, dass das Ungleichgewicht in der Kulturförderung in Bezug auf die Anteile Bund, Ländern und Kommunen aufgehoben wird. Der Bund muss hier in die finanzielle Verantwortung genommen werden. Kunstschulen fungieren als Räume der Selbstbildung und Selbstermächtigung, künstlerische Bildung ermöglicht nicht nur dem Einzelnen sich auszudrücken, sondern auch sich mit seiner sozialen und gesellschaftlichen Umwelt kritisch auseinanderzusetzen. In ihrem Schlussbericht sieht die Enquete-Kommission "Kultur in Deutschland" in der Gewährleistung der kulturellen Infrastruktur eine wesentliche Aufgabe von Staat und Kommunen. Dass Kultur ein "öffentliches Gut" ist, für das eine öffentliche Verantwortung besteht, gilt in besonderer Weise für die Infrastruktur der kulturellen Bildung. In Hinblick auf Initiativprogramme muss den Projekten Raum zum Experimentieren und - hinsichtlich Abrechnungsmodalitäten - zum "Scheitern-Dürfen" zugestanden werden. Entsprechend sehen wir über das Bundesland hinaus auch den Bund besonders in der Pflicht Kunstschulen adäquat auszufinanzieren.

#### **1.3 Haben Sie Vorschläge, wie das Land die Kommunen unterstützen kann, um nachhaltige Arbeitsverhältnisse im Bereich der Kunstschulen zu etablieren, die Planungssicherheit und berufliche Perspektiven schaffen?**

Antwort DIE LINKE:

Um nachhaltige Arbeitsverhältnisse in den Kunstschulen zu schaffen, die den Beschäftigten

Planungssicherheit und berufliche Perspektiven verschaffen, muss der Anteil von dauerhaft Beschäftigten gegenüber Honorarkräften erheblich erhöht werden. Sowohl im Bereich der Kulturarbeit wie auch in der kulturellen Bildung will DIE LINKE atypische Beschäftigungsformen zurückdrängen und durch unbefristete und existenzsichernde Stellen ersetzen. Festangestellte müssen angemessen vergütet werden, während sich Honorarverträge an den Tarifvereinbarungen für vergleichbare Tätigkeiten orientieren sollen. Bei dem entstehenden finanziellen Mehrbedarf müssen Land und Bund den Kommunen beistehen. Weitergehend sollen auf Bundesebene die Sozialversicherungssysteme so reformiert werden, dass Freiberufler:innen und Selbständige zu akzeptablen Bedingungen innerhalb der gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung sozial abgesichert werden. Gleichzeitig sind Kunstschulen und Kunsteinrichtung schon heute insbesondere durch die Pandemie stark getroffen. Wir fordern deswegen vom Land: Kommunale und landeseigene Träger von Kultureinrichtungen müssen finanziell so ausgestattet werden, dass sie ihren freien Mitarbeiter:innen und Honorarkräften auch während des eingeschränkten Betriebes Ausfallhonorare und Löhne zahlen können. Keine betriebsbedingten Kündigungen.

#### **1.4 Was planen Sie, um das Berufsbild der Kunstpädagog:innen zu stärken und kunstpädagogische Studiengänge attraktiver aufzustellen?**

Antwort DIE LINKE:

DIE LINKE setzt sich für bessere Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen von Kunstpädagog:innen ein. Um das Berufsbild der Kunstpädagog:innen zu stärken, ist es wichtig ästhetische Bildung und das Fach Kunst entsprechend ihrer enormen Bedeutung für die Bildung eines Menschen in allen Schularten und Jahrgangsstufen sowie in außerschulischen Bildungseinrichtungen aufzuwerten und zu befördern. Um die Ausbildungsbedingungen von Kunstpädagog:innen zu verbessern, muss dringend der Investitionsstau an deutschen Hochschulen aufgehoben werden. Insbesondere Kunsthochschulen leiden unter unzureichenden Grundfinanzierungen, die in baufälligen Gebäuden und nicht vorhandener digitaler Infrastruktur mündet. DIE LINKE lehnt zudem eine Ökonomisierung von Kunsthochschulen durch quantifizierte Zielvorgaben wie in Sachsen ab. Im Rahmen des Zukunftsvertrages "Studium und Lehre stärken" muss der Bund darauf achten, dass die Länder die Ziele zur Förderung des Mittelbaus und des Betreuungsverhältnisses einhalten. Die Tendenz Kunstpädagogik- und Kunstdidaktikprofessuren zu befristeten Juniorprofessuren herabzustufen, muss umgekehrt werden! DIE LINKE will zudem die Arbeitsbedingungen von Kunstpädagog:innen verbessern, die außerhalb von Kulturämtern und Schule oft nur projektbezogen und befristet angestellt sind. Freiberufler:innen und Selbständige sollen in die gesetzliche Rentenversicherung aufgenommen werden. Dabei sollen sich die Beiträge an den tatsächlichen Einkünften orientieren. Darüber hinaus will DIE LINKE allen den Zugang zur Arbeitslosenversicherung ermöglichen. DIE LINKE fordert daher weitergehend die Koppelung bei Vergabe öffentlicher Fördermittel an eine gute, existenzsichernde Vergütung, gute Arbeitsbedingungen und Gendergerechtigkeit. Insbesondere in Baden-Württemberg haben wir einen starken Fokus darauf, dass Landesfördermittel nur an Institutionen fließen, die sowohl sozial, wie auch ökologisch nachhaltig arbeiten. Entsprechend würde ein zusätzlicher Anreiz entstehen, gute und attraktive Arbeitsbedingungen auch im Berufsbild der Kunstpädagog:innen zu stärken. Um öffentliche Fördermittel in der Breite nutzen zu können, wollen wir den kooperativen Kulturföderalismus stärken. Der Bund sollte Kunst und Kultur als

Gemeinschaftsaufgabe zwischen Bund, Ländern und Kommunen begreifen und zum Erhalt der kulturellen Infrastruktur beitragen. Ohne ein Zusammenwirken von Bund und Ländern wird sich die finanzielle Krise der Länder und Kommunen nicht meistern lassen. Wir sind überzeugt, dass dieser Maßnahmenkatalog in seiner Gesamtheit zu einer erheblichen Aufwertung des Berufsbilds der Kunstpädagog:innen führen wird aber auch darüber hinaus ganz konkret ihren Arbeitsalltag besser gestaltet.

## **Unterstützung der Digitalisierung**

**2. Unterstützt Ihre Partei eine Öffnung der Mittel des Digitalpaktes des Bundes für Anträge von außerschulischen Bildungseinrichtungen? Wenn ja, was würden Sie unternehmen, um dieses Ziel zu erreichen? Wenn nein, würden Sie zusätzliche Mittel des Landes für den digitalen Ausbau zur Verfügung stellen?**

Antwort DIE LINKE:

Bildung in einer digitalen Gesellschaft muss als Querschnittsaufgabe begriffen und gefördert werden. Deshalb sollte aus unserer Sicht die Förderung durch den Digitalpakt Schule auch auf außerschulische Bereiche wie z. B. Kunstschulen ausgeweitet werden. Selbstverständlich müsste der Digitalpakt dann eine deutliche finanzielle Aufstockung erfahren. Schon jetzt reichen die Mittel aus dem Digitalpakt für eine gute Ausstattung der Schulen nicht aus. Bund und Länder müssen hier mehr Geld in die Hand nehmen. Gleichzeitig darf Bildung in digitaler Gesellschaft, der Ausbau und die Förderung nicht zum Einfallstor für lobbyistische Partikularinteressen werden. Bildung braucht Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. Die Standards offener Bildung gewährleisten Barrierefreiheit, Transparenz und Mitbestimmung. Sie erfordern freie digitale Bildungsmaterialien und eine Kultur des gemeinschaftlichen Lernens. Deshalb ist es wichtig, dass der Bund gemeinsam mit den Ländern und den Kommunen ein Konzept erarbeitet, um eine nachhaltige und anbieterunabhängige Beschaffungspraxis zu etablieren und um den Standards offener Bildung gerecht zu werden, z. B. durch die Nutzung von Open-Source-Angeboten.

Wir fordern darüber hinaus auch noch: Eine Änderung der Lernmittelverordnung für verpflichtende Standards für die digitale Schulausstattung, die Förderung von freien und konzernunabhängig bereitgestellten Lehr- und Lernmaterialien und die Anschaffung digitaler Endgeräte. Unter dem Gesichtspunkt, dass wir, wie dargestellt, für eine Ausweitung des Digitalpakts auch auf bspw. Kunstschulen sind, würden auch diese davon profitieren. Schließlich möchten wir auch allen Schüler:innen ein digitales Endgerät zur Verfügung stellen, auch dies treibt die Digitalisierung insgesamt voran und entbindet weitere Institutionen davon, sich auch noch um diese Geräte zu kümmern.

## **Förderung von Bildungslandschaften**

**3.1 Welchen Stellenwert misst Ihre Partei kulturellen Schulentwicklungsprozessen zu und mit welchen Maßnahmen werden Sie die künstlerische Bildung an Schulen unterstützen?**

Antwort DIE LINKE:

Ästhetische Bildungsangebote sind immer mehr zugunsten der PISA-bezogenen Angebote naturwissenschaftlicher und mathematischer Bildung von Budgetkürzungen bedroht. Dabei haben internationale Studien die Transferwirkungen von ästhetischer Bildung auf die kognitive und emotional-soziale Entwicklung Heranwachsender ausreichend belegt. Ästhetische Erfahrungen sind im pädagogischen Kontext wirksam und ermöglichen Lernenden produktive Lernprozesse. Es muss endlich eine Gleichwertigkeit der Förderung von ästhetischer Bildung und MINT-Bildung hergestellt werden - an Schulen und außerschulischen Lernorten. Der Bund könnte beispielsweise einen dem MINT-Aktionsplan gleichwertigen "Aktionsplan für musisch-künstlerisch-kreative (ästhetische) Bildung" auflegen, der die gleiche Fördersumme umfasst wie der MINT-Aktionsplan. Dabei ist es wichtig, frühzeitig Länder, Kommunen und Programmpartner einzubinden, um eine Verbesserung der Rahmenbedingungen kultureller Bildung und eine nachhaltige Sicherung der kulturellen Infrastruktur erreichen zu können. Zudem wäre es sinnvoll, das Programm "Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung" zeitlich zu entfristen und finanziell aufzustocken. Es ist Zeit, einen ressortübergreifenden Diskurs mit den Verantwortlichen verschiedener Förderprogramme für den Bereich der kulturellen Kinder- und Jugendbildung mit Ländern und Kommunen sowie mit den Programmpartnern über Chancen kultureller Bildung zu führen, um Gelingensfaktoren für mehr gesellschaftliche Teilhabe zu identifizieren und aus den konkreten Erfahrungen der Programme Schlussfolgerungen für eine Überarbeitung der bisherigen Förderrichtlinien zu ziehen. Entsprechend bewerten wir kulturelle Schulentwicklungsprozesse und künstlerische Bildung an Schulen als sehr hoch. Nicht nur bezüglich ihres pädagogischen und wissenschaftlichen Stellenwertes, wie bereits ausgeführt, sondern auch für die ganzheitliche Entwicklung von Menschen jedes Alters. Kunst und Kultur sind für uns gesellschaftliche Gesamtaufgaben, von denen wir wiederum als Gesellschaft als Ganzen profitieren, und ein Grundrecht.

### **3.2 Was schlagen Sie vor, um eine stärkere Einbindung von Kunstschulen in die Bildungsinfrastruktur zu erreichen und sie - gerade im ländlichen Raum - zu regionalen Kompetenzzentren für Kulturelle Bildung und Teilhabe zu entwickeln?**

Antwort DIE LINKE:

Um Kunstschulen zu Kompetenzzentren für Kulturelle Bildung und Teilhabe zu entwickeln, braucht es regionale Entwicklungspläne, die von Akteur:innen aus Kultur, Bildung und Politik entwickelt werden. Kompetenzzentren für Kulturelle Bildung und Teilhabe müssen wohnortnah sein und Arbeit sowie Wissen anderer Bildungseinrichtungen in ihren Räumen und Strukturen bündeln. Gemeinsam und mit dem Schwerpunkt auf die Akteur:innen lassen sich so regionale Kompetenzzentren für Bildung und Teilhabe nicht nur entwickeln, sondern auch umsetzen. In Hinblick auf die Infrastruktur kultureller Bildung lässt sich eine proportionale Schwerpunktsetzung auf urbane Räume beobachten. In ländlichen und in ländlich geprägten Kreisen sind die Strukturen häufig defizitär oder die bestehenden Bibliotheken, Musik- und Kunstschulen, Theater, Volkshochschulen, Museen, soziokulturelle Zentren, Kinos oder Vereine stehen aufgrund prekärer Finanz- und Personallagen unter großen Belastungsdruck. Gerade außerhalb von urbanen Zentren muss gewährleistet sein, dass kulturelle Teilhabe gesichert und ausgebaut werden kann. Dazu gehört neben der infrastrukturellen Unterstützung bereits vorhandener Einrichtungen und Initiativen sowie kultureller Dach- und Spartenverbände eine nachhaltige Schaffung guter Rahmenbedingungen für künstlerische Prozesse. Kunst und Kultur, sowie breiten- und soziokulturelle Teilhabe sind Ankerpunkte für die Attraktivität

des ländlichen Raums. Diesen gilt es durch das Ermöglichen gleichwertiger Lebensverhältnisse zu stärken. Dabei spielen Kunst und Kultur eine essenzielle Rolle. Entsprechend fordern wir im Landtagswahlprogramm das kulturelle Angebot im ländlichen Raum dringend zu erhalten und auszubauen. Dafür benötigt es ganz konkret mehr Geld.

### **3.3 Wie stehen Sie dazu, eine abgesicherte Finanzierung für Kooperationen von Kitas und Schulen mit Kunstschulen in Form von eigenen Förderprogrammen aufzusetzen?**

Antwort DIE LINKE:

DIE LINKE begrüßt finanziell verstetigte Kooperationsprogramme zwischen Kitas und Schulen mit Kunstschulen. Vor dem Hintergrund des Ausbaus von Ganztagschulen sollten Kunstschulen als wichtiger außerschulischer Lernort stärker mit Schulen kooperieren. Viele Kunstschulen verfügen zudem bereits über das nötige Kooperations-Know-How, da sie seit vielen Jahren mit Kitas und unterschiedlichen Schulformen zusammenarbeiten. Kulturelle Bildung birgt in ihren ästhetisch-künstlerischen Erfahrungs- und Ausdrucksmöglichkeiten eine große Chance zum ganzheitlich, interdisziplinären und zum kritischen Lernen. Transkulturelle Bildung kann daher individuelle und kollektive Emanzipationsmomente ermöglichen. DIE LINKE macht sich dafür stark, dass Bund, Länder und Kommunen gemeinsam nach Lösungen suchen, um auch außerunterrichtliche Angebote der kulturellen Bildung etwa in Form von Ganztagsschul-AGs oder in Projektwochen zu realisieren.

## **Verbesserung der Projektförderung**

**4.1 Unterstützt Ihre Partei eine Umwandlung der bisherigen (Fraktions-)Kooperationsmittel in der nächsten Legislaturperiode in reguläre Programmmittel, um damit auch zukünftig Kooperationen mit Kitas und Schulen zu ermöglichen?**

**4.2 Befürworten Sie eine Aufhebung der Ressortgebundenheit bei Ausschreibungen für Projektförderung im Kunst-, Bildungs- und Jugendbereich?**

Antwort DIE LINKE:

Diese beiden Fragen können unseres Erachtens nicht getrennt beantwortet werden, deswegen haben wir unsere Antworten in einer zusammengefasst.

Der Begriff der kulturellen Bildung verbindet sich mit dem Konzept des lebenslangen Lernens. Mit diesem Paradigmenwechsel haben sich auch neue Aufgabenfelder für Kunstschulen eröffnet. Angebote für Senioren oder die Zusammenarbeit mit Pflegeeinrichtungen gehören inzwischen ebenso zum Portfolio von Kunstschulen wie Angebote für Eltern und Großeltern, für Alleinstehende und andere Wissbegierige. Kunstschulangebote sind inklusiv, integrativ und generationenübergreifend. Im Bereich der Arbeit mit Geflüchteten hilft der interkulturelle Ansatz zur Beheimatung im neuen Lebensumfeld. Kunstschulen leisten hier seit 2015 kontinuierliche Integrationsarbeit. Doch im Gegensatz zu anderen Bildungseinrichtungen werden diese Angebote nicht vom Land gefördert, wir halten dies für einen Fehler und möchten es ändern.

## **Erwachsenenangebote gleichstellen**

**5.1 Unterstützt Ihre Partei die Forderung, Kunstschulen generationenübergreifend zu denken und**

## **deren Potenziale besser zu nutzen?**

Antwort DIE LINKE:

Ob jung oder alt, ob alteingesessen oder neu zugezogen - kulturelle und künstlerische Bildung muss allen Menschen zugänglich sein, um sich künstlerisch mit seiner Umgebung auseinanderzusetzen und sich seine Umwelt anzueignen. In diesem Sinne unterstützt DIE LINKE selbstverständlich das Anliegen, Kunstschulen generationenübergreifend zu denken und deren Potenziale besser zu nutzen. Wir unterstützen auch ihre Forderungen nach insgesamt mehr Förderung, mehr reguläre Programmmittel und eine Aufhebung der Ressortgebundenheit. Denn für DIE LINKE ist das bislang nicht erreichte Ziel gesellschaftlicher Teilhabegerechtigkeit ein zentrales Leitmotiv und Motor für (kultur-)politisches Handeln. Uns geht es um eine inklusive Gesellschaft, die Menschen in ihren vielfältigen Lebensbedingungen im Mittelpunkt sieht und als Voraussetzung von Bildung versteht. Bildung bedeutet, die Welt zu entdecken und sich selbst darin immer wieder neu zu platzieren. Es geht um die Regie über das eigene Leben. Es geht um selbstbestimmte kritische Geister, um lebenslanges Lernen. Es geht um Toleranz und Wertschätzung gegenüber anderen Menschen, die Fähigkeit, Probleme zu erkennen und zu lösen. Es geht darum, Konflikte zu managen und Entscheidungen zu treffen, mit Widersprüchlichkeiten umzugehen, misstrauisch zu bleiben gegenüber einfachen Antworten, abzuwägen und sich immer wieder neu zu orientieren. Deswegen möchten wir insgesamt in allen Bereichen des Lebens generationenübergreifende inklusive Angebot stärker fördern. Insbesondere die Aspekte von Kunstschulen, auf welche wir uns auch immer wieder vorbildhaft beziehen, wie die integrative und generationsübergreifende Bildung müssen aus unserer Sicht noch viel stärker gefördert werden. Deswegen möchten wir generell die Fördermittel des Landes an genau solche Maßgaben knüpfen, wie bspw. Inklusion, lebenslanges Lernen, sozialer Standards, gute Umweltbilanzen und genau diese Institutionen stärker fördern. Dies halten wir für sinnvoller als die gegebene Ressortgebundenheit.

## **5.2 Wie stehen Sie dazu, Angebote für Erwachsene an Kunstschulen durch das Land zu fördern?**

Antwort DIE LINKE:

Entsprechend unserer bisherigen Antworten, sind wir selbstverständlich vollkommen dafür, auch Angebote für Erwachsene zu fördern. Lernen und Bildung sind unserer Meinung nach ein lebenslanger Prozess und dazu noch ein Grundrecht. Angebote für Erwachsene können dazu beitragen noch stärker generationenübergreifend inklusiv zu arbeiten und Angebote für Erwachsene sind Angebote, von denen wir als Gesellschaft genauso kulturell profitieren.

## **Entwicklung der Verbandsarbeit**

## **6. Befürwortet Ihre Partei einen Aufwuchs der Mittel für die Geschäftsstelle inklusive der Anbindung der Gehälter an die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst?**

Antwort DIE LINKE:

Ja, wir befürworten dies uneingeschränkt. Alle Institutionen des Landes oder von ihm geförderte Einrichtungen und vor allem solche, die Leistungen der allgemeinen Daseinsvorsorge übernehmen, zu welcher aus unserer Sicht auch Kunst und Kultur gehören, müssen unbedingt als Vorbild

vorangehen und den wirtschaftlichen und sozialen Rahmen als Orientierung stecken. Dies bedeutet, dass die Gehälter ganz selbstverständlich an die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst gebunden werden müssen. Dies bedeutet aber auch mehr Mittel für die Geschäftsstelle. Wie Sie vollkommen richtig argumentieren und aufzeigen, sind nicht nur Ihre Aufgaben und Aufgabengebiete stark gewachsen, Sie erfüllen auch eine dringend notwendige gesellschaftliche Aufgabe die Teil der allgemeinen Daseinsvorsorge ist. Entsprechend sollten die Mittel der Geschäftsstelle höher sein um diesen Bedarf abdecken zu können.

## **Qualifizierung und Fortbildung**

### **7. Wird Ihre Partei sich für eine Aufstockung der Landesmittel einsetzen und welche weiteren Förderinstrumente schlagen Sie vor, um die Qualifizierung im Feld der kulturellen Bildung voranzutreiben?**

Antwort DIE LINKE:

Ja wir werden uns entsprechend für eine Aufstockung der Landesmittel einsetzen. Wir setzen uns für den Erhalt der öffentlichen Kulturförderung ein und wenden uns gegen eine schrankenlose Liberalisierung und Verwertung kultureller Leistungen, gegen Privatisierungen und den Abbau öffentlicher Infrastruktur. Wir wollen die Vielfalt der Träger kultureller Produktion erhalten und fördern - von öffentlichen und frei-gemeinnützigen Initiativen bis zu unabhängigen Verlagen, Studios, Agenturen und künstlerischen Produktionsfirmen. Wir wollen das kulturelle Leben in allen Regionen und Milieus fördern. Wir wollen gute, existenzsichernde Arbeit im Kulturbereich. Künstler:innen und alle Kulturschaffenden sollen von ihrer Arbeit leben können und sozial abgesichert sein. Durch die Künste in der Vielfalt ihrer Richtungen werden die Freiheit der einzelnen und ihre soziale Gebundenheit in aller Widersprüchlichkeit gedacht und erlebt. Weil Kunst ein wesentliches Moment der großen gesellschaftlichen Debatten ist, will DIE LINKE die eigenen Welten der Künste als autonome Räume, Experimentierfelder und Refugien sichern und schützen. Sie sieht in neuen künstlerischen Tendenzen Impulse für ein erweitertes Welt- und Gesellschaftsverständnis, die nach Kräften zu fördern sind. Und sie braucht Anregungen, die von Künstlerinnen und Künstlern ausgehen. Dabei denken wir, dass eine Ausrichtung der kulturellen Bildung sowie insbesondere der Förderinstrumente nach diesen dargestellten Aspekten der Qualifizierung insgesamt deutlich nutzt. Kulturelle Bildung ist dann an einen gesellschaftlichen Bedarf gebunden und nicht an einen ökonomischen Profit. Darüber hinaus fordern wir, wie bereits dargestellt, die Bindung von Fördermitteln an soziale und ökologische Kriterien. Auch im Feld der kulturellen Bildung sollte dies eine wichtige Rolle spielen und deren Qualifizierung noch weiter vorantreiben. Nicht zuletzt dadurch, dass wir zum einen einfordern, auch sozial schlechter Gestellten Angebote von Kunstschulen besser zugänglich zu machen durch gezielte Förderung in diesem Bereich, zum anderen fordern wir aber auch viele infrastrukturelle und wirtschaftspolitische Maßnahmen, welche eine Partizipation armer Menschen, Menschen mit Migrationsgeschichte, queerer Menschen und insgesamt aller, welche in ihrer Partizipation benachteiligt werden, einfacher und niedrigschwelliger macht. Auch dies ist in unseren Augen eine sinnvolle Maßnahme um die Qualifizierung im Feld der kulturellen Bildung voranzutreiben.